

//BESCHLUSS//

GEW: Keine Zielvereinbarungen zur Steuerung der Schulen Neues auf Indikatoren und Daten gestütztes Steuerungsinstrument Der ungebrochene Glaube an die Messbarkeit von Schulentwicklung

Datum: 13.10.2015

Beschreibung: Beschluss der Landesdelegiertenkonferenz

Inhalt:

Die GEW lehnt es ab, Schulen durch Zielvereinbarungen zu steuern.

Die GEW hält Zielvereinbarungen innerhalb der Behörde, zwischen Behörde und SchulleiterInnen und zwischen SchulleiterInnen und Lehrkräften sowie dem nicht lehrenden Schulpersonal für ein ungeeignetes Instrument, die Qualität der Arbeit zu heben.

Die GEW fordert alle SchulleiterInnen auf, keine Zielvereinbarungen mit der Landesschulbehörde abzuschließen. Die GEW fordert alle SchulleiterInnen auf, keine Zielvereinbarungen mit den Mitgliedern ihres Kollegiums abzuschließen. Die GEW wendet sich an alle Lehrkräfte und pädagogischen MitarbeiterInnen, sich Zielvereinbarungen zu verweigern.

Die GEW wendet sich gegen den Irrglauben, die Qualität der Schulentwicklung sei messbar. Diese Kritik richtet sich gegen jegliche Form der Output-Messung, ob durch Vergleichsarbeiten im Rahmen von VERA, durch zentrale Abschlussprüfungen einschließlich des Zentralabiturs oder im Rahmen der Inspektion.

Die GEW setzt ihren politischen Einfluss dafür ein, bestehende Zielvereinbarungen abzuschaffen und beabsichtigte zu verhindern sowie verbindliche Vergleichsarbeiten und zentrale Abschlussprüfungen abzuschaffen.

Die GEW wendet an die Kultusministerin und die Fraktionen der Regierungsfractionen mit der Aufforderung, bestehende Zielvereinbarungen an den Berufsbildenden Schulen abzuschaffen und die Absicht aufzugeben, in den allgemeinbildenden Schulen Zielvereinbarungen einzuführen.

Die GEW informiert die KollegInnen in den Schulen über die schädliche Wirkung der Steuerungsinstrumente auf der Grundlage der neuen Verwaltungssteuerung und der Umsetzung der PISA-Testverfahren.